

Allergiekraut Ragweed Fachtagung Illmitz 27. Jänner 2010

Arbeitsgruppe Naturschutz Workshop
Workshopleiter: Mag. Anton Koó

Die Arbeitsgruppe „Naturschutz“ befasste sich primär mit zwei Themenbereichen im Zusammenhang mit dem Allergiekraut Ragweed:

In welcher Form und in welchem Ausmaß ist Ragweed eine „Problempflanze“ für den Naturschutz ?

1. Derzeit werden heimischen Arten und Pflanzengesellschaften nur in sehr geringen Ausmaß durch Ragweed-Bestände verdrängt. In der vergleichsweise geringen Flächenausbreitung unterscheidet sich Ragweed von anderen „Neophyten“ (= nicht heimische, eingewanderte Pflanzenarten) wie z.B. Robine, Goldrute, Drüsiges Springkraut und Staudenknöterich. Diese Arten verursachen infolge ihrer weiten Verbreitung bei gleichzeitig großflächigen und dichten Beständen erhebliche Verdrängungseffekte. Verglichen mit diesen Arten, ist Ragweed derzeit keine „Problempflanze“ für den Naturschutz.
2. Gehäufte Vorkommen von Ragweed, die zu einem Konkurrenzproblem führen könnten, wurden bisher lediglich in ackerbaulich genutzten Flächen, an Wegrändern und auf siedlungsnahen, durch menschliche Eingriffe stark gestörten Flächen beobachtet. Diese Lebensräume und die darin vorkommenden Arten sind zumeist sehr häufig und nicht in ihrem Bestand bedroht. Verdrängungseffekte, die durch eine massenhafte Ausbreitung von Ragweed verursacht werden, haben aus diesen Gründen bisher kein „Problem“ für den Naturschutz verursacht.
3. In Lebensräumen, die aufgrund ihrer Seltenheit oder Gefährdung für den Naturschutz von hohem Interesse sind, wie z.B. Trockenrasen, Mähwiesen, Salzlebensräume und naturnahe Wälder wurde Ragweed bisher nicht oder nur selten beobachtet. Zukünftig kann jedoch ein Eindringen nicht ausgeschlossen werden.
4. Im Falle einer Klimaerwärmung, ist mit einer Verbesserung der Wuchsbedingungen für Ragweed zu rechnen. Die dann möglicherweise auftretenden Massenvorkommen würden mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Gefährdung heimischer Arten und Pflanzengesellschaften verursachen – dies sowohl durch Verdrängungseffekte, als auch durch Schäden, die bei Bekämpfungsmaßnahmen verursacht werden (Kollateralschäden).
5. Bisher wurde Ackerunkrautgesellschaften und Pflanzengesellschaften auf siedlungsnahen, durch den Menschen gestörten Flächen („Ruderal“-Standorte) zu wenig Beachtung im Naturschutz geschenkt. Neue Forschungen könnten dazu führen, dass diese Lebensgemeinschaften doch seltener und bedrohter und daher schutzwürdiger sind, als bisher angenommen. Eine Zunahme von Ragweed könnte daher durchaus schon in absehbarer Zeit ein „Naturschutzproblem“ verursachen.

6. Zusammenfassend sieht die Arbeitsgruppe in Ragweed derzeit kein akutes Naturschutzproblem. Für den Fall, dass es zu einer stärkeren Ausbreitung kommt, ist jedoch zukünftig mit Verdrängungseffekten und Schäden infolge von Bekämpfungsmaßnahmen gegenüber heimischen Arten und Lebensgemeinschaften zu rechnen.

Welche Maßnahmen und Vorgehensweisen werden zur Eindämmung von Ragweed vorgeschlagen?

1. Naturschutzakteure wie z.B. Naturschutzorgane, Sachverständige für Naturschutz, Schutzgebietsbetreuer und Projektausführende sind sehr oft und zahlreich im Freiland unterwegs. Diese Personenkreise sollten zu Beobachtung und Meldung von Ragweed-Vorkommen eingesetzt werden. Voraussetzung dafür, ist eine Schulung, um Ragweed sicher erkennen zu können. Weiters müssten diesen Personen informieren können, welche Schritte im Falle eines Vorkommens zu unternehmen sind. Beispielsweise ad hoc-Maßnahmen durch Ausreißen und Entsorgen bzw. Meldung von Massenvorkommen an die jeweils zuständigen Stellen.

2. Im Falle von kleineren Vorkommen, müssten Möglichkeiten zur Entsorgung geschaffen werden. Vorschlag: ausgerissene, in Müllsäcken verwahrte Pflanzen sollten in Sondermüll-Sammelstellen der Gemeinden abgegeben werden können; dort wird anschließend eine fachmännische Entsorgung durchgeführt.

3. Im Falle von flächigen Vorkommen müssten die jeweils verantwortlichen Stellen ausreichend Maßnahmen zur Eindämmung von Ragweed ergreifen. Diese Stellen müssten Willens und in der Lage sein, durch Selbstbeobachtung oder durch Meldung von Außen, wirksam reagieren zu können. Damit sämtliche Stellen effektiv und effizient vorgehen, sollte eine zentrale Stelle zu deren Unterstützung und Koordination geschaffen werden. Zumindest nachfolgende Stellen müssten gleichermaßen an diesem Prozess beteiligt sein:

- Gemeinden: Grünraum im Siedlungsbereich, Gemeindewege
- Agrarbehörde: für Maßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen
- Wasserbaubehörde sowie Bau- und Betriebsdienstleistungszentren (BBZ): auf Flächen des öffentlichen Wassergutes
- Straßenerhalter: Straßenränder, Straßenbegleitflächen
- ÖBB: Gleisanlagen, Bahnhöfe
- Österreichisches Bundesheer: Kasernen, Truppenübungsplätze
- Gesundheitsbehörde: Information und Bewusstseinsbildung
- Naturschutzbehörde: Information und Bewusstseinsbildung, Beobachtung und Meldung von Vorkommen, Sofortmaßnahmen auf Flächen in Naturschutzgebieten

4. Einrichtung einer Telefon-Hotline, die bei Fragen aus der Bevölkerung fachlich kompetente Auskünfte geben kann für ad hoc-Maßnahmen in kleinerem Umfang oder Meldung an die jeweils verantwortlichen Stellung erstattet.

5. Bewusstseinsbildende Maßnahmen in diversen Medien werden als notwendig erachtet, um ein Problem- und Lösungsbewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen.

6. Einrichtung einer zentralen Stelle des Landes, die für die Koordination sämtlicher Maßnahmen und aller beteiligten Stellen verantwortlich ist.
7. Entwicklung eines Strategie- und Maßnahmenplans zur landesweiten Eindämmung von Ragweed.
8. Schaffung von agrar-rechtlichen Bestimmungen, um die Bewirtschafter von landwirtschaftlichen Kulturen eigenverantwortlich zu Beobachtung und Bekämpfung von Ragweed auf deren Flächen anzuhalten.
9. Den Gemeinden sollte in der Eindämmung von Ragweed eine zentrale Funktion zukommen. Sowohl in der Information der Bevölkerung für die Bekämpfung im Haus- und Hofbereich, als auch in der Freihaltung von öffentlichen Anlagen, Wegen und Gemeindestraßen, sowie in der Schaffung von Entsorgungsmöglichkeiten für die örtliche Bevölkerung analog zu den Problemstoff-Sammelstellen.